



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/IX/119 - 25.5.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

SED-Propaganda mit der deutschen Einheit	S. 1
Uranland Schweden	S. 3
Verwaltungsdictator in NRW	S. 4

## Zonenreisen

(sp) Ein früherer Minister, ein Reichstagsmitglied und ein Universitätsprofessor aus Dänemark äußerten sich kürzlich nach ihrer Rückkehr von einer Reise durch die Sowjetunion geradezu überschwänglich. Der Universitätsprofessor teilte begeistert mit, sowjetische Professoren hätten ihm bei einem Bankett in Moskau wertvollste historische Dokumente über die geschichtlichen Beziehungen zwischen Dänemark und dem alten Rußland überreicht. - Welch ein politisches Argument, welches ein Beweis für die kulturelle Aufgeschlossenheit der Sowjetunion!

Der Vorfall ist in mehr als einer Hinsicht typisch - für den politischen Unverstand auch mancher hochgelehrter Herren, für die naiv-raffinierte sowjetische Propaganda, die solche Weltfremdheit geschickt ausnutzt und für einen neuen Abschnitt östlicher Bemühungen um die Herstellung von Kontakten. Überall ist das verstärkte Bestreben unverkennbar, ins Gespräch zu kommen, mit dem Ziel, ganz bestimmte, auf hundertfältige leidvolle Erfahrung aufgebaute anti-sowjetische Vorstellungen aufzuweichen.

Diese neuaufgelebte Tendenz fällt in eine Zeit, in der auch im Westen aus verschiedensten Gründen und auf verschiedensten Wegen größere Geneigtheit besteht, Fäden nach dem Osten neu zu spinnen oder wieder anzuknüpfen. Besonders sichtbar wurde das übrigens im sowjetisch-französischen Verhältnis, wodurch der eigentliche politische Hintergrund, auf dem dies alles geschieht, besonders hell erleuchtet wird. Besuche britischer, deutscher und vieler anderer

Unternehmergruppen sind hier ebenso zu nennen wie andere Vorstöße und Sondierungen, bis hin zum Pfeleiderer-Projekt, um das es etwas still geworden ist.

In einer Zeit drohender Versteinerung des status quo der gesamtdeutschen Situation ist es auch nach sozialdemokratischer Auffassung dringend notwendig, jede politisch vernünftige Chance zu nutzen, um über die große Grenze unserer Lage, die zwischen Westen und Osten (wobei hier nur an den Eisernen Vorhang gedacht ist) hinweg menschliche Beziehungen aufrecht zu erhalten oder neu zu schaffen. Freilich ist dabei äußerste Wachsamkeit vonnöten, wenn man mit solchem Bestreben nicht die Geschäfte eines Gogners besorgen will, der immer gefährlich bleiben wird. Es gilt also vielerlei zu beachten, vor Täuschungen und scheinbar freundlichen Gesten jeder Art ständig auf der Hut zu sein.

Die Sowjets und ihre Handlanger in der von ihnen besetzten Zone sind großzügig im Einladen gerade von solchen Personen, bei denen sie politische Anfälligkeit, wichtigtuerische Gesprächigkeit nach der Rückkehr und begrenztes Urteilsvermögen gegenüber dem, was ihnen eine geschickte Regie vorzeigt, vermuten können. So kommen Einladungen zustande, Betriebe aller Art zu besichtigen und sich überhaupt in der Zone umzusehen, selbstverständlich unter "berufener" Reiseführung. In den meisten Fällen werden die entstehenden Kosten vergütet, bisweilen wird auch der Verdienstaufschlag ganz oder teilweise erstattet. Die Absicht des Dummenfanges liegt dabei auf der Hand, so sollte man meinen, aber leider wird sie nicht immer erkannt.

Parallel mit dieser Aktivität der Zonen-Kommunisten hat sich die Zahl auch solcher Besucher der Bundesrepublik aus der Sowjetzone vermehrt, die leider nicht als harmlos angesprochen werden können und deren Geschick, ihren Auftrag zu verbergen, oft recht beachtlich ist. Das Ganze wird begleitet von einer neuen Flut von Briefen, in denen in teils recht plumper und durchsichtiger Form SED-Propaganda gemacht wird.

Die notwendige Vorsicht gegenüber solchen Infiltrierungsversuchen soll und darf uns aber nicht von der Pflicht entbinden, mit aller Hingabe um engste und vielfältigste Beziehungen und Bindungen zu den Menschen in der Sowjetzone bemüht zu sein, ob sie uns nun als Verwandte oder Freunde nahe stehen oder nicht, denn alle sind Leidensgefährten desselben bitteren Schicksals. Wenn wir uns dieser Verpflichtungen entziehen, erleichtern wir den Kommunisten ihre Absicht, das tief eingewurzelte Streben nach der deutschen Einheit zu einem Bestandteil ihrer Propaganda herabzuwürdigen.

+ + +

Kein "Uran-Schreck" in Schweden

KRK. Stockholm

Der Hinweis auf die Uranvorkommen in Schweden, den der schwedische Ministerpräsident Erlander dieser Tage im Parlament tat, rief in einem Teile der Auslandspresse ein Echo hervor, das in Schweden höchstens Verwunderung erregt. Die "Enthüllungen" Erlanders sind nach Ansicht einer grossen deutschen Zeitung von solcher Bedeutung, dass sie die politische und militärische Lage Schwedens verändern. Die schwedischen Uranvorkommen seien die grössten der Welt, und dadurch zeichne sich auf dem Felde zwischen Ost und West eine dritte Kraft ab, die sich vielleicht sogar zur zentralen Kraft entwickeln könne. Die grosse Frage sei nur, auf welcher Seite diese Kraft wirken werde.

Dass es in Schweden Uran gibt, war wohl auch vor den "Enthüllungen" des Ministerpräsidenten kein Geheimnis. Wie gross sie sind, entzieht sich vor allem der Erkenntnis der spekulierenden Auslandspresse. Und die Behauptung, dass sie die Grundlagen einer zentralen Kraft zwischen Ost und West werden können, stellt höchstens der Einbildungskraft mancher Journalisten ein gutes Zeugnis aus.

Welcher Art soll diese "dritte Kraft" sein? Da die Spannungen zwischen Ost und West vor allem politische sind, soll wohl auch die "dritte Kraft" auf politischem Felde wirken. Wie das geschehen soll, bleibt der Phantasie überlassen.

Hingegen wurde ganz übersehen, dass gerade während der Reichstagsdebatte, in welcher Ministerpräsident Erlander auf die Uranvorkommen zu sprechen kam, auch die Stellung Schwedens im Kräftespiel zwischen Ost und West berührt wurde.

Dass Schweden urplötzlich aus seinem "neutralen Dornröschenschlaf" geweckt worden sei, wie manche ausländische Zeitungen glauben machen wollen, kam hierbei keineswegs zum Ausdruck. Die Reichstagsdebatte war hingegen getragen von Ruhe und Zuversicht und vor allem von der Entschlossenheit des schwedischen Volkes, sich keinem Atombomben-Schreck hinzugeben, seine Verteidigung auszubauen und seine Neutralität zu wahren.

Die Ausnutzung der Atomkraft für friedliche Zwecke wird Schweden

jedoch nicht zu einer "dritten Kraft" machen, sondern höchstens die überlieferten Bemühungen dieses Landes stärken, nicht nur den eigenen Wohlstand, sondern auch den anderer Völker zu mehren. Dieser segensreichen Anwendung des Urans wird sich Schweden allerdings mit der gleichen ruhigen Energie hingeben, mit der es an seiner Neutralitätspolitik festhält.

+ + +

Ein neuer Geist für Nordrhein-Westfalen notwendig

rw - Düsseldorf

"Wann wir schreiten Seit an Seit" sangen am Sonntag die 170 Delegierten der SPD-Landeskonferenz in Düsseldorf und beschworen in dem Lied den neuen Geist, der nach den Wahlen vom 27. Juni in Nordrhein-Westfalens Parlament und Regierung stärker als bisher zur Geltung kommen müßte, wenn der sozialen Struktur des Landes entsprechend eine neue Politik sich durchsetzen soll. Die Delegierten faßten Beschluß über die Landesergänzungsliste, von der die indirekten Mandate der SPD genommen werden sollen und die zugleich in ihrer Gliederung Aufschluß gibt über die fachlichen und politischen Kräfte, die die SPD für die kommenden vier Jahre Arbeit im Land und im Bundesrat anzubieten hat.

Die Landesdelegierten-Konferenz ließ in den Referaten und Ansprachen die Anliegen klar werden, um die es der SPD im kommenden Wahlkampf und in den nächsten vier Jahren vor allem geht. An erster Stelle dürfte dabei das Bestreben genannt werden, aus der bisher lähmenden Vorherrschaft des ministeriellen Apparates herauszukommen und dem Parlament wieder die Rolle des bestimmenden Gremiums zurückzugeben. Trotz der relativ großen Steuerkraft Nordrhein-Westfalens hatte es die Entwicklung der letzten vier Jahre mit sich gebracht, daß das Parlament in der Ausgabenpolitik des Landes und in der Rangordnung der zu bewältigenden Aufgaben in eine Jäger-Rolle zu den Initiativen und Vorschlägen der Landesverwaltung gedrängt wurde. So sehr grundsätzlich die Meinungen darüber auseinandergehen können, welches Maß an Eigensouveränität die Länder an sich haben sollen, so sehr liegen doch im gegenwärtigen status des föderalistisch aufgebauten Nachkriegsdeutschland die Formen vorläufig fest, nach denen die Länder sich staatspolitisch zu bewegen haben. Die ihnen zuerkannten Aufgaben sind so einschneidender, daß es nicht geduldet werden kann, wenn sich in einzelnen von ihnen das Übergewicht der Bürokratie bis zu einer Art von Diktatur der Verwaltung durchsetzt.

Diesen Eindruck der Verwaltungsdiktatur hat jedoch das Land Nordrhein-Westfalen in den letzten vier Jahren in steigendem Maße vermittelt. Wie ein Märchen wirkte in diesem Entwicklungstrend die Vorgabe des Ministerpräsidenten Arnold, eine Verwaltungsreform anzupacken zu wollen. Und das Ergebnis? Verwaltungsausgaben von einer Höhe, an die vor vier Jahren in Nordrhein-Westfalen noch niemand im Ernst gedacht hätte. Abgebaut hat Arnold lediglich die Spitzen der beiden sozialen Ministerien für Arbeit und Soziales, ferner wurden der letzte Gewerkschaftler aus der Reihe der Fachminister entfernt und die Vorherrschaft der vier Rechtsanwälte seines Kabinetts endgültig gefestigt.

Man zieht Arnold Tag um Tag im Lande umher und wirbt für die Gestaltung des "christlichen Staates", der vor "unchristlicher Politik" dorerer, die nicht CDU sind, gerettet und bewahrt werden müsse. Mit Arnold für Adenauer, so lautet der auf den Bundesrat abzielende weitere Kampfruf, den die CDU erhebt. Die SPD hat diesem Versuch der Verwischung der Fronten und Entscheidungen ihren Ruf nach Toleranz und politischer Duldsamkeit entgegensetzen und ihren Appell an die Wählerschaft, sich nicht von den wirklichen Fragen ablenken zu lassen. Denn es gilt doch in Wirklichkeit in diesem Lande der Industrie, der Kohle und der Stahlwerke, der konzentriertesten Arbeiterbevölkerung und der ansteigenden Zahl abhängiger Angestellter der Wirtschaft, die sozialen Momente und Gesichtspunkte aller politischen Arbeit entscheidend in den Vordergrund zu rücken.

So ist die Bevölkerung aufgerufen, die Ziele und Absichten der Partei zu prüfen, die seit hundert Jahren in Deutschland die Anliegen der Arbeitenden vertritt. Prüfen die Wähler sachlich die Voraussetzungen und die Zeugnisse der Tätigkeit der Parteien, lassen sie sich nicht den Blick trüben durch Behauptungen von angeblicher Christentumsfeindlichkeit der SPD, dann kann die Sozialdemokratische Partei mit Zuversicht dem 27. Juni entgegensetzen. Denn sie glaubt fest daran, daß die finanzielle Werbeüberlegenheit der anderen, die auf dem Geld der Wirtschaftverbände beruht, schließlich auch gegen diejenigen ausschlagen kann, die sich zu offensichtlich dieser durchsichtigen Hilfe des Kapitals bedienen.